

Zur Wirtschaftslage

Von Prof. Dr. G. Menz

Die Neuordnung Europas — Preispolitik — Buchhändlerisches

Je deutlicher der militärische Sieg Deutschlands in Erscheinung tritt, desto mehr setzt sich auch die Erkenntnis durch, daß damit der Grund zu einer völligen Neuordnung Europas gelegt wird. Daß diese Neuordnung nicht einfach die Rückkehr zu einem früheren Zustand bedeuten kann, versteht sich von selbst und wird vor allem allmählich auch außerhalb Deutschlands verstanden. Der Zustand konjunkturabhängiger, dauernder Vollbeschäftigung, der als Ideal vorschwebt und den größtmöglichen Wohlstand der Völker insgesamt an Stelle der einseitigen, fortschreitenden Bereicherung plutokratischer Oberschichten gewährleisten soll, ist nicht nur grundsätzlich etwas anderes als bisher, er kann auch nur mit anderen Methoden verwirklicht werden. Die Gedanken der verpflichteten und der gelenkten Wirtschaft, die schon in den letzten Jahren die deutsche Wirtschaft beherrscht und groß gemacht haben, behalten bleibenden Wert und werden auch die weitere Entwicklung bestimmen. Sie werden von dem starken, beherrschenden Mittelpunkt Deutschland aus naturnotwendig auch die Nachbargebiete beeinflussen und in ihren Bann ziehen. Die Anzeichen mehren sich, daß dies freiwillig geschehen wird, weil man überall zu erkennen beginnt, daß dies der eigene Vorteil ist. Je geschlossener damit aber die Einheit Europa in Erscheinung treten wird, desto größer wird auch der davon ausgehende Einfluß auf die ganze übrige Welt sein. Dieses Europa ist nun einmal die kaufkräftigste Verbraucherschaft der Welt, die dank ihrer rassistischen Eigenschaften am besten imstande ist, die für die Bezahlung ihres Bedarfs erforderlichen Werte zu erstellen und diese Entwicklung ständig weiter vorwärts zu treiben, sodaß auch wachsende Volksmassen zu steigendem Wohlstand gelangen können. Wenn man in U.S.A. — zweifelsohne unter den Einwirkungen hebräischen Händlerdenkens — noch meint, mit monopolistischen Poolmanövern diesem Europa Fesseln aufzwingen zu können, so wird sich das rasch als Irrtum erweisen. In Südamerika jedenfalls hat man bereits die bessere Einsicht. Man ahnt dort, wie sich das neue Europa schon auf den wirtschaftlichen Aufschwung vorbereitet, der sofort nach Einstellung der Feindseligkeiten einsetzen soll, und ist offensichtlich entschlossen, sich daran raschestens seinen Anteil zu sichern, statt sich auf zweifelhafte Wirtschaftskämpfe einzulassen.

Der vor vier Wochen hier angeführte Artikel aus der Feder des Stadtbaurats Figge im »Deutschen Volkswirt« mit der Anregung zur Festsetzung eines Selbstkostenindex in den einzelnen Wirtschaftszweigen, um einen fortbildenden Erfas für den Preisstopgedanken zu finden, ist weiterhin Gegenstand von Presseerörterungen geblieben. Im Anschluß an den Geschäftsbericht der Krupp-A.G. schrieb die »Kölnische Volkszeitung« dieser Tage: »Theoretisch ist man sich allerseits einig, daß sich die Preisgestaltung der deutschen Wirtschaft unbedingt den Interessen der gesamten Nation anpassen und unterordnen muß. Von keiner Seite wird auch bestritten, daß der Wirtschaft ausreichende Gewinne gesichert und daher Verlustabschlüsse vermieden werden müssen. Denn solange die deutsche Wirtschaftspolitik an dem Grundsatz der privaten Initiative festhält — und dies ist immer und immer wieder betont worden —, sind die breitesten Schichten des deutschen Volkes mit dem Gedeihen der privaten Wirtschaft aufs engste verbunden. Sobald aber konkrete Fragen der Preisbildung aufgeworfen werden, ergeben sich vielfach Schwierigkeiten. Diese können einmal darauf zurückzuführen sein, daß sich Käufer und Verkäufer über den Preis einer bestimmten Ware nicht einigen können. In diesen Fällen wird dann der Käufer

behaupten, daß von ihm ein volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Preis gefordert werde. In der Praxis der Preisbildung aber sind die Fälle nicht selten, in denen der Käufer die Berechtigung eines erhöhten Kaufpreises infolge gestiegener Selbstkosten zugestehet, seinerseits aber wieder die erhöhten Kosten auf seine Abnehmer abwälzen will. Das soll nach dem Willen der für die Preisgestaltung verantwortlichen Stellen aber gerade vermieden werden, obwohl man sich auch dort im Klaren darüber ist, daß es ebenfalls in der Wirtschaft nur eine dynamische Preisgestaltung entsprechend den sich dauernd verändernden preisbestimmenden Faktoren geben kann.« Die Zeitung geht dann auf die Figgeschen Vorschläge im einzelnen weiter ein und fährt schließlich fort:

Augenscheinlich soll nach der Ansicht Figges durch einen so errechneten und naturgemäß ständig wechselnden Selbstkostenindex die Preisstopperordnung, die in der Praxis durch eine Fülle von Ausnahmegenehmigungen inhaltlich verändert worden ist, ersetzt werden. Hiergegen lassen sich wenigstens vorerst seitens der praktischen Preisbildungspolitik berechtigte Einwände nicht unterdrücken. So wird in dem Aufsatz nicht eindeutig klargestellt, ob die festgestellten Indexziffern wenigstens für einen bestimmten Zeitraum Höchstpreise darstellen sollen. Der Verfasser meint allerdings, diese Fragestellung erfasse nicht die neuen wirtschaftspolitischen Gegebenheiten. Aber dann hätten die Indexziffern eben nur noch eine Art moralischer Bedeutung. Praktisch schwer erfassbar ist ebenfalls das Risiko eines Betriebes. Als berechtigt wird man ferner das Streben des Kaufmanns anerkennen müssen, Verluste vergangener Jahre nach Möglichkeit wieder herauszuwirtschaften. Daß auch dieses berechtigte Streben seine Grenzen hat und nicht zu einer Ausnutzung der Konjunktur führen darf, ist ebenfalls selbstverständlich. Zudem dürfte die Aufstellung des von Figge geforderten Indexes zu einer nicht unerheblichen Mehrarbeit, selbst wenn sie von bereits bestehenden Wirtschaftsorganisationen geleistet werden sollte, führen. Tatsächlich macht die betriebswirtschaftliche Ermittlung der Selbstkosten in immer größeren Bezirken der gewerblichen Tätigkeit Fortschritte. Man wird sich diese Dinge langsam entwickeln lassen müssen. Jedenfalls ist eine »Preisnormung« nicht ungefährlich. Und sie löst vor allen Dingen nicht die vielen Fragen, vor die sich gerade heute die Preisbildungspolitik gestellt sieht. Erinnerung sei beispielsweise an den Grundsatz des Kostenausgleichs, der besagt, daß Verluste irgendeiner Sparte eines Betriebes aus den Gewinnen einer anderen Sparte beglichen werden müssen, bevor Preiserhöhungen genehmigt werden können. Das ist richtig. Aber Bedenken ergeben sich in den Fällen, in denen große Industriezweige aus Zweckmäßigkeitsgründen Erzeugungs- und Weiterverarbeitungsbetriebe vereinigen und die überwiegenden Erzeugungsbetriebe mit Verlust abschließen. In solchen Fällen wäre es volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt, Gewinn und Verlust untereinander auszugleichen. Denn das könnte auf die Dauer leicht zu einer Abstoßung unrentabel arbeitender Betriebe führen, die in juristisch selbständiger Form dann Preiserhöhungen oder Angleichung an die Selbstkosten durchsetzen würden.

Diese Fragen interessieren auch den Buchhandel, insbesondere den Verlag. Bei dem individuellen Charakter der Gegenstände des Buchhandels gerade von ihrer geistigen Seite her scheint jeder Versuch einer Preisnormung doppelter Vorsicht zu bedürfen. Die gerechte Erfassung des Wagniszuschlags ist hier von besonderer Bedeutung, aber auch von ungeheurer Schwierigkeit. Nicht zuletzt sie entzieht sich jeder Normungsmöglichkeit. Schließlich wird das Problem beim Buch mit seiner vielfach sehr langen Lebensdauer und großen Umschlagslangsamkeit dadurch verwickelter, daß der Ladenpreis für Jahre, wenn nicht Jahrzehnte festzusetzen ist, also vorübergehenden Schwankungen der